

Ergebnisbericht
**Branchenbarometer
2026**

17. September 2026



Branchenbarometer 2026

Ergebnisbericht der Branchenbefragung – ausführliche Fassung

Feldzeit: 29. Mai bis 31. Juli 2026 | n = 60

Die Druck- und Medienwirtschaft ist stark mittelständisch geprägt. In den Bundesländern Niedersachsen, Bremen, Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen zählt die Branche rund 1.500 Betriebe mit mehr als 25.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Mehr als acht von zehn Unternehmen beschäftigen weniger als 20 Mitarbeitende, über 96 Prozent bleiben unter 100 Beschäftigten.

Die Druckindustrie ist Mittelstand. Ihre Betriebe sind als Arbeitgeber und Ausbildungsunternehmen in der Fläche verankert. Zugleich erfüllt die Branche eine systemrelevante Funktion: Sie produziert unter anderem Verpackungen für Lebens- und Arzneimittel, Etiketten, Sicherheitsdokumente, Bildungsmedien und Zeitungen. Damit sichert sie regionale Wertschöpfung und versorgt Wirtschaft und Gesellschaft mit unverzichtbaren Produkten.

Mit dem Branchenbarometer 2026 haben die Verbände Druck und Medien NordOst und Mitteldeutschland erstmals systematisch erhoben, wie die Entscheiderinnen und Entscheider der Branche ihre Situation bewerten und welche Erwartungen sie an Politik und Interessenvertretung richten. Sämtliche Teilnehmenden gehören unmittelbar zur Leitungsebene ihrer Unternehmen.

Die Ergebnisse sind nicht repräsentativ für die gesamte Branche, vermitteln aber ein fundiertes Stimmungsbild aus der unternehmerischen Praxis. Größere mittelständische Betriebe sind in der Befragung stärker vertreten als in der gesamten Branchenstruktur.

Über die beteiligten Verbände

Die Verbände Druck und Medien NordOst und Mitteldeutschland vertreten als Wirtschafts- und Arbeitgeberverbände die Druck- und Medienwirtschaft in Niedersachsen, Bremen, Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Gemeinsam setzen sie sich gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit für wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen und eine starke Wahrnehmung der Branche ein. Ihr gemeinsames Ziel ist eine zukunftsfähige Druck- und Medienwirtschaft in Nordost- und Mitteldeutschland.

Verband Druck und Medien NordOst e. V.

Haus der Medien
Bödekerstraße 10
30161 Hannover
T 0511 338 06-0
E info@vdmno.de
www.vdmno.de

Verband Druck und Medien Mitteldeutschland e. V.

Haus des Buches
Gerichtsweg 28
04103 Leipzig
T 0341 - 86859 0
E info@vdm-mitteldeutschland.de
www.vdm-mitteldeutschland.de

1. Zentrale Befunde im Überblick

Sechs Befunde tragen das Branchenbarometer 2026. Die Druck- und Medienwirtschaft spricht mit eigenen Zahlen, nicht mit Stimmungen – und zwar unmittelbar aus der Entscheidungsebene.

- + **Druckbetriebe zahlen den vollen Strompreis, ihre Wettbewerber nicht** – 82 % der Befragten kennen oder vermuten den Ausschluss der Branche von der Strompreiskompensation; 52 % wünschen sich ein starkes politisches Engagement für die Aufnahme in den Kreis der begünstigten Sektoren. Die gewünschte Priorität steigt messbar mit dem eigenen Energiekostenanteil. Es geht nicht um Sonderbehandlung, sondern um gleiche Regeln.
- + **Die größte Bremse ist nicht der Markt, sondern die Bürokratie** – 58 % nennen Bürokratie und Berichtspflichten unter ihren drei größten Belastungsfaktoren – vor der Konjunkturschwäche (50 %) und deutlich vor allen Kostenfaktoren. Konkret benannt werden Arbeits- und Datenschutzrecht (52 %), Steuer- und Buchhaltungspflichten (40 %), die Verpackungsverordnung PPWR (38 %), die Entwaldungsverordnung EUDR (31 %) und das Lieferkettengesetz (27 %).
- + **73 Prozent investieren trotz Krise** – 40 % erwarten eine Verschlechterung ihrer Lage in den nächsten zwölf Monaten, nur 17 % eine Verbesserung. Dennoch investieren 73 % – 46 % in Maschinen, ebenso viele in Digitalisierung und Software, 31 % in Personal und Ausbildung. Die Branche bittet um Entlastung, nicht um Subventionen.
- + **Je mittelständischer der Betrieb, desto härter trifft die Bürokratie** – 38 % der Kleinstbetriebe, 62 % der Betriebe mit 10 bis 49 und 75 % der Betriebe mit 50 bis 249 Beschäftigten nennen Bürokratie als Top-3-Belastung. Die Berichtspflichten treffen den Kern des Mittelstands: groß genug für die Pflicht, zu klein für eine Compliance-Abteilung.
- + **Zwei von drei Unternehmern setzen politische Vertretung an die erste Stelle** – 65 % erwarten an erster Stelle politische Interessenvertretung gegenüber Landesregierung und Bundestag – mit Abstand vor allen anderen Themen. Eine Unternehmerschaft, die gehört werden will.
- + **Fast jeder zweite Betrieb: keine Nachfolge, kein Nachwuchs** – 35 % der Unternehmen bezeichnen ihre Nachfolge als ungelöstes Thema der nächsten fünf Jahre, in der Kernklasse des Mittelstands (10–49 Beschäftigte) fast jeder zweite Betrieb (48 %). 48 % finden keine Medientechnologen Druck, 46 % keine Buchbinder und Weiterverarbeiter.

2. Methodik und Datengrundlage

2.1 Erhebungsdesign

Das Branchenbarometer 2026 wurde als standardisierte Online-Befragung (Microsoft Forms) unter Unternehmen der Druck- und Medienwirtschaft durchgeführt. Die Feldzeit lief neun Wochen, vom 29. Mai bis zum 31. Juli 2026.

Der Fragebogen umfasste 25 inhaltliche Fragen in sechs Themenblöcken: wirtschaftliche Lage, Belastungsfaktoren und Bürokratie, Energie und Industriestrompreis, politische Vertretung, Fachkräfte und Nachfolge sowie Erwartungen an die Interessenvertretung. Eingesetzt wurden

geschlossene Einfachauswahl-Fragen, Mehrfachauswahl-Fragen sowie Ratingskalen (fünfstufig; Auftragslage zehnstufig). Der Fragebogen war für alle Befragten identisch. Die Teilnahme war freiwillig und anonym möglich; die Angabe der E-Mail-Adresse war optional.

2.2 Stichprobe und Datenqualität

Insgesamt gingen 60 Antworten ein. Die Prozentwerte beziehen sich jeweils auf die gültigen Antworten zur einzelnen Frage. Die Analyseeinheit ist die antwortende Person, nicht das Unternehmen; in Einzelfällen liegen mehrere Antworten aus demselben Unternehmen vor, was bei firmenbezogenen Aussagen als geringfügige Doppelzählung zu berücksichtigen ist.

Die Datenqualität ist für Aussagen über die Unternehmensleitung außergewöhnlich hoch: 100 % der Antworten stammen von Inhaberinnen und Inhabern, Geschäftsführungen oder Gesellschaftern. Das Barometer bildet damit unmittelbar die Sicht der Entscheidungsebene ab. Gut drei Viertel der Antwortenden sind Mitglieder des Verbandes.

Merkmal	Anteil der Befragten
Unter 10 Mitarbeitende	25 %
10–49 Mitarbeitende	56 %
50–249 Mitarbeitende	15 %
250 und mehr Mitarbeitende	4 %
Jahresumsatz bis 5 Mio. €	63 %
Verbandsmitglieder	79 %
Leitungsebene (Inhaber/GF/Gesellschafter)	100 %

Tab. 1: Struktur der Stichprobe. Prozentwerte gerundet.

2.3 Auswertungsverfahren

Die Ergebnisse werden als Häufigkeiten und Mittelwerte für alle Befragten ausgewiesen. Bei Fragen mit Mehrfachauswahl beziehen sich die Prozentwerte auf die Zahl der Antwortenden, nicht auf die Zahl der Nennungen; Summen über 100 % sind daher möglich. Unterschiede zwischen Teilgruppen (etwa nach Betriebsgröße oder Energiekostenanteil) sind angesichts der Stichprobengröße als Tendenzen zu lesen (vgl. Kap. 9).

3. Wirtschaftliche Lage und Investitionen

Die Grundstimmung ist verhalten negativ: 42 % der Befragten erwarten für die nächsten zwölf Monate eine unveränderte Lage, 40 % eine Verschlechterung (davon 6 % „deutlich schlechter“), nur

17 % eine Verbesserung. Die rückblickende Bewertung der Auftragslage der letzten sechs Monate liegt auf der zehnstufigen Skala bei $M = 5,1$ ($SD = 1,8$; Median = 5) und damit knapp unter dem Skalenmittelpunkt – eine leichte, aber keine dramatische Eintrübung.

Bemerkenswert ist die Diskrepanz zwischen Lagebild und Investitionsverhalten: Trotz der verhaltenen Erwartungen planen 46 % Investitionen in Maschinen und Produktionsanlagen, 46 % in Digitalisierung, Software oder Web-to-Print und 31 % in Personal und Ausbildung. Nur 27 % planen keinerlei Investitionen – im Umkehrschluss investieren 73 % der Betriebe. Der Investitionsverzicht konzentriert sich erwartungsgemäß auf Betriebe mit pessimistischer Lageerwartung: Von den Unternehmen mit erwarteter Verschlechterung investiert rund ein Drittel nicht, bei erwarteter Verbesserung nur jedes neunte.

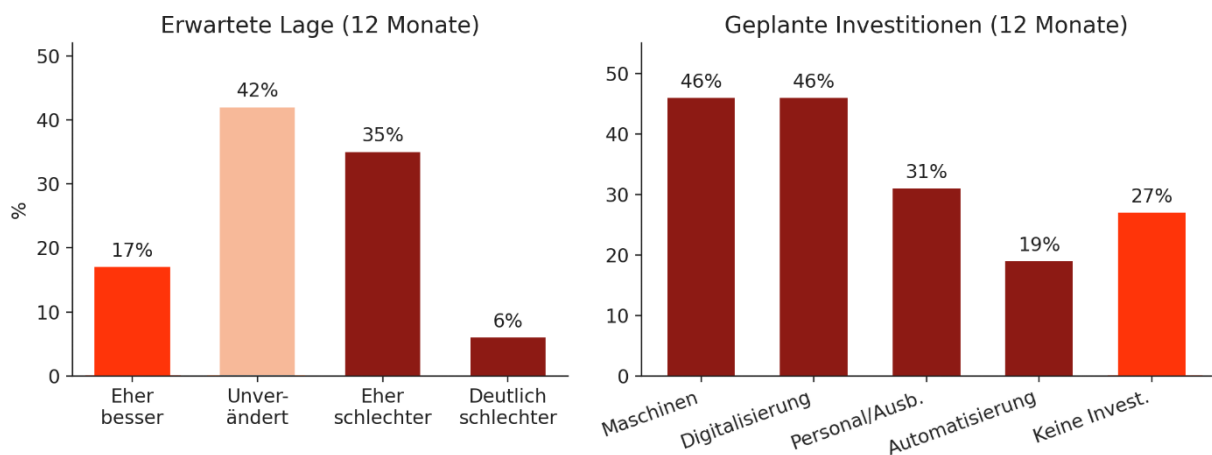


Abb. 1: Erwartete wirtschaftliche Lage (links) und geplante Investitionen (rechts), jeweils Anteil der Befragten in %.

Die Branche investiert gegen den Trend – in Modernisierung, Digitalisierung und Ausbildung. Sie bittet nicht um Subventionen, sondern um Entlastung von dem, was Investitionskraft bindet.

4. Belastungsfaktoren: Bürokratie vor Konjunktur

Gefragt nach den drei größten aktuellen Belastungsfaktoren nennen 58 % der Befragten Bürokratie und Berichtspflichten – mehr als die Konjunkturschwäche (50 %) und mehr als doppelt so viele wie die Energiekosten (27 %). Bürokratie ist damit nicht ein Thema unter vielen, sondern der meistgenannte Belastungsfaktor der Branche.

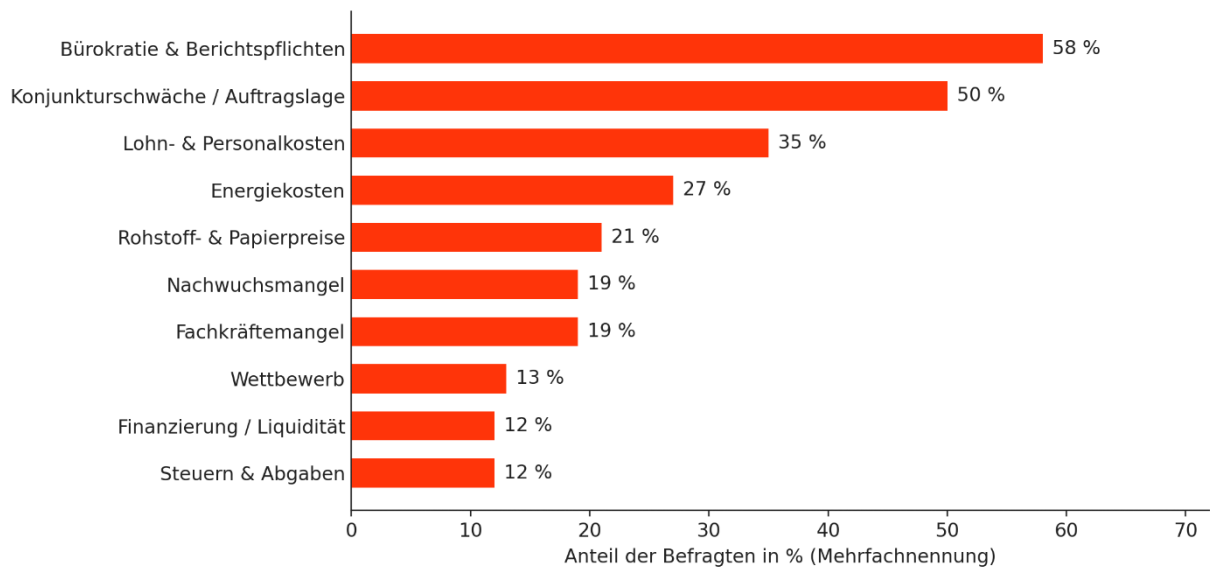


Abb. 2: Die drei größten Belastungsfaktoren (Mehrfachnennung), Anteil der Befragten in %.

Die Nachfrage nach den konkret belastendsten bürokratischen Pflichten präzisiert das Bild: An der Spitze steht das Arbeits- und Datenschutzrecht (52 %), gefolgt von Steuer- und Buchhaltungspflichten (40 %), der EU-Verpackungsverordnung PPWR (38 %), der EU-Entwaldungsverordnung EUDR (31 %) und dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (27 %).

Auffällig ist ein Größeneffekt: Bei Kleinstbetrieben unter 10 Mitarbeitenden nennen 38 % Bürokratie als Top-3-Belastung, in der Klasse 10–49 Mitarbeitende 62 %, bei 50–249 Mitarbeitenden 75 %. Die Berichtspflichten treffen den klassischen Mittelstand am härtesten: Diese Betriebe sind groß genug, um berichtspflichtig zu sein – und zu klein für eigene Compliance-Abteilungen. Jede Stunde Berichtspflicht ist dort eine Stunde der Geschäftsführung, nicht einer Stabsstelle.

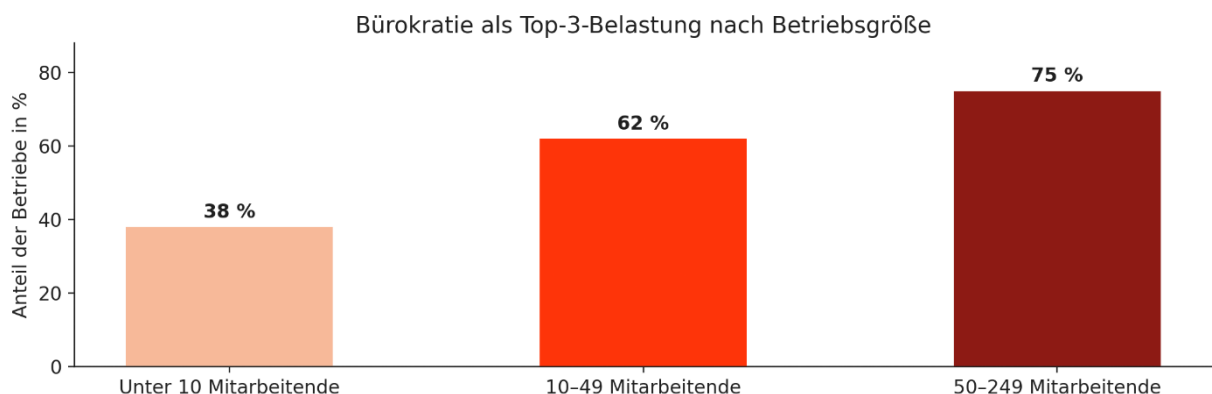


Abb. 3: Anteil der Betriebe, die Bürokratie als Top-3-Belastung nennen, nach Betriebsgröße, in %.

Die Forderung nach Bürokratieabbau bleibt damit nicht generisch: Die Daten benennen die konkreten Regelungsbereiche – Arbeits- und Datenschutzrecht, EUDR, PPWR, Lieferkettengesetz – und zeigen, dass die Belastung nach Betriebsgröße messbar ist, nicht pauschal.

5. Energie und Industriestrompreis

Der Energiekostenanteil am Umsatz liegt bei 62 % der Betriebe unter 5 %, bei weiteren 29 % zwischen 5 und 10 %; nur wenige Unternehmen (4 %) erreichen 10–20 %. Für die Mehrheit der Branche ist Energie damit ein relevanter, aber kein existenzieller Kostenblock – was sich auch in der Belastungsrangfolge spiegelt (Rang 4).

Die Problematik der Sektorenliste (KUEBLL) ist in der Branche weitgehend bekannt: 65 % wussten, dass Druck- und Medienunternehmen nicht zu den rund 90 begünstigten Sektoren der Strompreiskompensation zählen; weitere 17 % hatten es vermutet – zusammen 82 %. Die Frage, wie wichtig ein politisches Engagement des Verbandes für die Aufnahme der Branche wäre, ergibt ein gespaltenes, aber mehrheitlich zustimmendes Bild: $M = 3,3$ ($SD = 1,4$), 52 % vergeben die Werte 4 oder 5, 17 % den Wert 1. Der Zusammenhang mit der eigenen Betroffenheit ist deutlich: Die gewünschte Priorität steigt mit dem Energiekostenanteil monoton an.

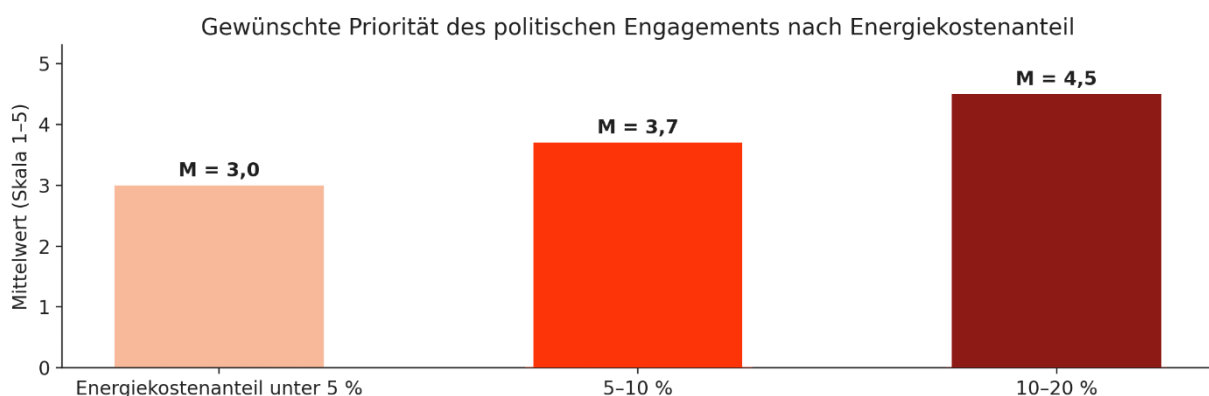


Abb. 4: Gewünschte Priorität des politischen Engagements für die Aufnahme in die Sektorenliste (Skala 1–5) nach Energiekostenanteil, Mittelwerte.

Für die Branche ist der Industriestrompreis kein Massen-, sondern ein Fairnessthema: Energieintensive Druckbetriebe konkurrieren mit begünstigten Sektoren um dieselben Kunden, ohne selbst auf der Liste zu stehen. Die Sektorenliste beruht auf einer veralteten Wirtschaftszweig-Klassifikation und gehört aktualisiert. Die Branche verlangt keine Sonderbehandlung, sondern gleiche Regeln.

6. Politische Vertretung: Eine Branche wartet auf Ansprache

Der stärkste Einzelbefund der Befragung ist der Wunsch nach politischer Vertretung: 65 % der Befragten erwarten für die nächsten zwölf Monate an erster Stelle politische Interessenvertretung gegenüber Landesregierung und Bundestag – mit Abstand vor allen anderen Themen. Die Unternehmen der Branche suchen den Dialog mit der Politik und wollen, dass ihre Anliegen dort ankommen, wo entschieden wird.

Bei der Themenagenda für die Landesebene ist die Prioritätenfolge eindeutig: Bürokratieabbau und Entlastung von Berichtspflichten (71 %) führt mit großem Abstand vor Steuern und Abgaben für den Mittelstand (37 %), Verpackungsverordnung und EUDR-Folgewirkungen (33 %), Energiepreisen (27 %), Wettbewerbsverzerrung durch Regulierung (25 %) und Fachkräftebedarf (25 %). Aufschlussreich ist der Befund zur Handlungsebene: Den größten Handlungsbedarf verorten die Befragten auf Bundesebene (35 %) und EU-Ebene (31 %), nur 8 % auf der Landesebene. Das ist kein Einwand gegen Landespolitik als Adressat, sondern beschreibt ihre Aufgabe präzise: Bundes- und EU-Themen in Landeshandeln übersetzen — über Bundesratsinitiativen, Vollzugspraxis und die Landesgruppen im Bundestag.

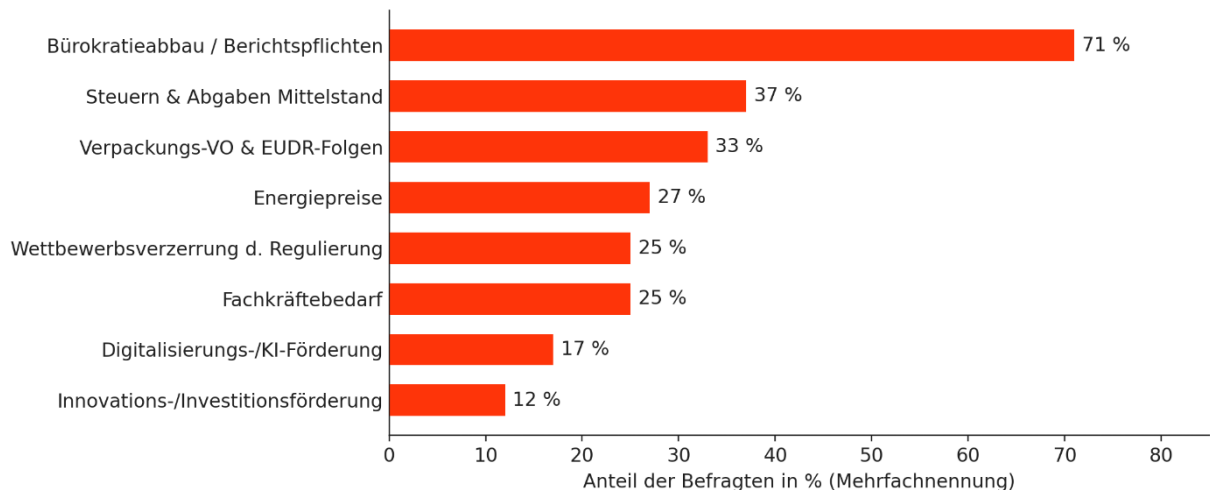


Abb. 5: Prioritäre politische Themen auf Landesebene (Mehrfachnennung), Anteil der Befragten in %.

Eine Unternehmerschaft, die politische Vertretung an die erste Stelle setzt, will gehört werden. Wer im Land um den Mittelstand wirbt, findet hier eine Branche, die auf Ansprache wartet.

7. Fachkräfte, Nachwuchs und Nachfolge

Die Betroffenheit vom Fachkräftemangel ist moderat, aber breit: $M = 2,8$ auf der fünfstufigen Skala; 25 % wählen die Werte 4–5, 39 % die Werte 1–2. Konkret wird der Engpass bei den branchentypischen Produktionsberufen: Medientechnologen Druck (48 %) und Buchbinder/Weiterverarbeitung (46 %) sind die mit Abstand schwierigsten Suchfelder, gefolgt von Auszubildenden generell (21 %). Nur 23 % geben an, aktuell keine Personalengpässe zu haben.

Strategisch gewichtiger ist der Nachfolgebefund: 35 % der Unternehmen bezeichnen ihre Nachfolge als noch ungelöstes Thema der nächsten fünf Jahre; nur 25 % haben sie geklärt (familienintern oder extern). Der Befund konzentriert sich in der Kernklasse des Mittelstands: Bei 10–49 Mitarbeitenden ist die Nachfolge in 48 % der Fälle ungelöst — fast jeder zweite Betrieb. In Verbindung mit der Altersstruktur der Branche deutet sich hier eine stille Konsolidierungswelle an, die Marktstruktur und Ausbildungskapazität gleichzeitig treffen wird.

Hier ist das Land originär zuständig: Berufsschulstandorte für die Druck- und Medienberufe sichern und die duale Ausbildung stärken — die wirksamste Antwort auf Fachkräftemangel und Nachfolgekrise zugleich.

8. Konsequenzen: Drei Aufträge an die Landespolitik

Alle drei Erwartungen sind direkt aus den Daten hergeleitet — keine Wunschliste, sondern die Prioritäten der Entscheidungsebene.

- + **Faire Regeln beim Strompreis** — Die Liste der begünstigten Sektoren beruht auf einer veralteten Wirtschaftszweig-Klassifikation. Sie gehört aktualisiert — damit energieintensive Druckbetriebe nicht gegen subventionierte Wettbewerber antreten. (Belege: 82 % kennen oder vermuten die Ausschlusslage; Priorität steigt mit Betroffenheit; Kap. 5)
- + **Bürokratie konkret abbauen** — Nicht als Stimmung, sondern als Programm: Vollzug vereinfachen und Bundesratsinitiativen zu EUDR, Verpackungsverordnung und Lieferkettengesetz — dort, wo der Mittelstand messbar belastet ist. (Belege: 58 % Bürokratie als Top-3-Belastung; 75 % in der Klasse 50–249; 73 % investieren trotzdem; Kap. 3–4)
- + **Ausbildung im Land sichern** — Berufsschulstandorte der Druck- und Medienberufe erhalten, duale Ausbildung stärken — die wirksamste Antwort auf Fachkräftemangel und Nachfolgekrise zugleich. (Belege: 48 % finden keine Medientechnologen; 48 % ungelöste Nachfolgen bei 10–49 Beschäftigten; Kap. 7)

9. Limitationen

- + **Stichprobe** — Die Stichprobe (n = 60) erlaubt belastbare deskriptive Aussagen über die Antwortenden, aber keine repräsentativen Rückschlüsse auf die Grundgesamtheit aller Druck- und Medienunternehmen im Verbandsgebiet. Prozentwerte kleiner Teilgruppen — insbesondere nach Betriebsgröße und Energiekostenanteil — sind mit breiten Unsicherheitsmargen zu lesen; regionale Teilauswertungen werden aus diesem Grund nicht ausgewiesen.
- + **Selbstselektion** — Als freiwillige Online-Befragung unterliegt das Barometer einer Selbstselektion: Verbandsnähere und politisch interessiertere Unternehmen sind mutmaßlich überrepräsentiert (79 % Mitgliederanteil). Die Ergebnisse sind entsprechend als Sicht der erreichbaren, engagierten Unternehmerschaft zu interpretieren.

Impressum

Ergebnisbericht der Branchenbefragung — ausführliche Fassung, September 2026

Herausgeber:

Verband Druck und Medien NordOst e. V. (VDMNO)
Markgrafenstraße 15
10969 Berlin
www.vdmno.de

Verband Druck und Medien Mitteldeutschland e. V. (VDMMD)
Haus des Buches
Gerichtsweg 28
04103 Leipzig
www.vdm-mitteldeutschland.de

© 2026, Verband Druck und Medien NordOst e. V. (VDMNO) | Verband Druck und Medien Mitteldeutschland e. V. (VDMMD)

Das Werk einschließlich seiner Einzelbeiträge und Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.